
**Postulat, Roland Agustoni, GLP, Rheinfelden, vom 4. Dezember 2012
betreffend Engagement und Beitrag zum „Code 24“ (Rotterdam - Genua)**

Text:

Der Regierungsrat wird eingeladen, einen Bericht zu erstellen, wie er gedenkt, auf das Europäische Interreg-Projekt „Code 24“ zu reagieren ohne dabei das Fricktal zusätzlich zu belasten.

Begründung:

Die Europäische Union verfolgt mit ihrem Interreg- Projekt „Code 24“ ein ehrgeiziges Bahnprojekt, im Rahmen dessen die Bahninfrastruktur auf der bedeutendsten Europäischen Nord- Süd- Achse (Rotterdam – Genua) ausgebaut werden soll. Die Projektverantwortlichen haben dabei auf der Gesamtstrecke vier Engpässe lokalisiert, von denen einer, die Juradurchquerung betrifft. Aufgrund von Entscheiden der eidgenössischen Räte – wie soeben ein weiteres Mal der Ständerat, wird jedoch der Bau eines Dritten Juradurchstichs wohl nicht vor 2030 spruchreif sein. Der zu erwartende Ausbau des Container- Verkehrs auf der Nord- Süd- Achse, nicht zuletzt auch durch die geplanten Hafenausbauten längs des Rheines und der Realisierung des Container- Gateway im Limmattal, wird aber zu einem Volumen führen, das diesen Dritten Juradurchstich zwingen nötig macht. Für die Umsetzung des Projekts „Code 24“ ist der Bau des Dritten Juradurchstiches für die künftige Entwicklung der gesamten Nord- Süd- Achse also von zentraler Bedeutung. Der vorgesehene Minimalausbau am Bözberg mit einer neuen Tunnelröhre zum Erreichen einer Eckhöhe von min. 4m reicht hierfür mit Sicherheit nicht. Es kann und darf deshalb nicht angehen, dass die Schweiz aus Kostengründen einen Engpass zulässt, der den gesamten europäischen Nord-Süd-Verkehr behindert. Es ist daher zu befürchten, dass der erfolgreiche Regionalverkehr im Fricktal und das Erfolgsmodell Tarifverbund Nordwestschweiz durch die ansteigenden Frequenzen beim Güterverkehr buchstäblich unter die Räder geraten. Auch darf es nicht angehen, dass durch die Elektrifizierung der Bahn auf der deutschen Rheinseite nach Waldshut, diese Strecke als Bypass missbraucht wird. So würden die Probleme nur in andere Regionen verschoben. Der Regierungsrat wird deshalb eingeladen, in einem Bericht aufzuzeigen, wie er gedenkt, auf diese Entwicklung, auch im Rahmen des „Code 24“ zu reagieren, auch im Hinblick auf die Auswirkungen für das Fricktal. Diese Wichtigkeit unterstützt auch der Oberrheinrat, welcher am 30. November an seiner Plenarversammlung eine diesbezügliche Resolution einstimmig verabschiedet hat.